Wie gross wird das Corona-Loch in der Winterthurer Stadtkasse?

Grosser Gemeinderat Das Parlament diskutierte die Rechnung 2019, aber viel mehr interessierten die aktuellen Aussichten. Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) hat noch keine Prognose zu den Corona-Folgen vorgelegt.

Michael Graf

Zürich fürchtet 300 Millionen Franken Corona-Kosten. Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) will bald Zahlen für Winterthur liefern. Foto: M. Dahinden

Die Zahlen, über die am Montagabend in der Eulachhalle diskutiert wurde, sind schon seit März bekannt: Rund 28,1 Millionen Franken hat die Stadt Winterthur letztes Jahr mehr eingenommen als ausgegeben. Viel mehr als die Details der Rechnung interessierten aber die Zahlen des laufenden Jahres. Dass der Überschuss von 2019 der letzte seiner Art sein würde und dunkle Wolken am Finanzhimmel aufziehen, war schon im März klar gewesen. Damals ging es um die Unternehmenssteuerreform und steigende Kosten im Schul- und Sozialbereich. Seither ist die Corona-Krise dazugekommen.

Gleich zu Beginn markierte die SVP in einer Fraktionserklärung ihren Unmut: «Wir haben in der letzten Sitzung über eine dringliche Interpellation zur Finanzlage abgestimmt, und jetzt wissen wir immer noch nicht mehr», kritisierte Markus Reinhard. Während die Stadt Zürich schon vor zwei Wochen eine Hochrechnung der Corona-Auswirkungen präsentierte, hielt sich Winterthur bisher bedeckt. Das kritisierte auch die EVP: «Der Blindflug geht weiter. Es droht im Herbst eine böse Überraschung», votierte Franziska Kramer-Schwob.

Die Unterschiede zu Zürich

Finanzstadtrat Kaspar Bopp (SP) betonte: «Die Rechnung bildet die Vergangenheit ab.» Und das tue sie gut – sie sei von der Finanzkontrolle gelobt worden. Man habe die Hochrechnung in Absprache mit der Aufsichtskommission (AK) zeitlich nach hinten geschoben, um mehr Daten aus der Zeit der ausserordentlichen Lage erfassen zu können. «Sie ist fast fertig, und wir werden sie noch vor den Sommerferien der AK präsentieren», versprach Bopp. Er habe die Präsentation der Stadt Zürich aufmerksam verfolgt, auch in Zürich gebe es noch viele Unschärfen und zudem zwei grosse Faktoren, die in Winterthur keine Rolle spielen: «Ich bin sehr beruhigt darüber, dass wir keine Beteiligung am Flughafen haben und keine eigenen Spitäler betreiben», so Bopp. In Winterthur seien nur in zwei Bereichen wesentliche Veränderungen zu erwarten: bei den Steuerausfällen und den steigenden Sozialkosten.

Droht ein Investitionsstau?

Die Parteivertreter hatten dann aber doch auch zur Rechnung 2019 etwas zu sagen. Die GLP kritisierte das niedrige Eigenkapital von rund 100 Millionen Franken und die hohe Verschuldung von über 10'000 Franken pro Kopf. Die CVP sorgte sich über die Steuereinnahmen, die seit Jahren auf tiefem Niveau stagnieren. Und sowohl FDP-Stadtratskandidat Urs Hofer wie auch SP-Vertreter Roland Kappeler warnten vor einem Investitionsstau: Von den geplanten Investitionen habe die Stadt Winterthur im vergangenen Jahr nur 63 Prozent realisieren können. Letztlich wurde die Rechnung einstimmig angenommen.

Ausserdem im Rat

Zwei prägende Frauen werden verabschiedet

Abgänge Jedes Jahr lieferten sie einen Bericht ab, der im Rat für Redestoff sorgte: die Ombudsfrau Viviane Sobotich und die Finanzkontrolleurin Sandra Berberat. Gestern gabs zur (einstimmigen) Annahme des Berichts Lobesworte und Blumensträusse. Sobotich hatte als Ombudsfrau über elf Jahre lang Streitigkeiten zwischen Bürgern und der Stadt und innerhalb der Verwaltung untersucht, dokumentiert und vermittelt. Ihre Nachfolge, Sabrina Gremli-Gafner, hat bereits angefangen. Berberat begleitete in ihren sechs Amtsjahren unter anderem die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 und durchleuchtete die Finanzen von Stadtwerk im Nachgang des Wärmering-Skandals. Für ihre Nachfolge ist im Gemeinderat eine Spezialkommission aktiv. Für beide gab es viel Lob aus allen politischen Lagern. *(mig)*

Hat Winterthur eine Pandemiestufe mehr?

Volksschule Manchmal sorgen aufgeschnappte Worte für Verunsicherung. SVP-Präsidentin Maria Wegelin wollte wissen, warum in den Winterthurer Schulen Kompetenzen von der Schulpflege hin zum Schuldepartement (DSS) verschoben würden, «oft mit dem Hinweis auf eine Pandemiestufe 4». Dabei gebe es nach Epidemiengesetz doch nur drei Stufen: normale, besondere und ausserordentliche Lage. Auch die FDP, die CVP und die GLP unterstützten die dringliche Interpellation. Schulstadtrat Jürg Altwegg (Grüne) klärte auf: Es handle sich nicht um Pandemie-, sondern um Stufen eines internen Krisenkonzepts. Ab Stufe 4 liege der Kommunikationslead beim DSS. Seit einer Woche gelte wieder überall der Normalfall. *(mig)*

Fünfeckiger Minipark mit Bänkli

Winterthur Stadtgrün stellt in Wülflingen und Neuhegi acht grosse Holzelemente auf.

Pflanzen verschönern die Stadt und spenden Schatten. Aber nicht überall können Bäume, Sträucher gesetzt und Rabatten bepflanzt werden. Wo beispielsweise aufgrund von Leitungen im Boden keine Bepflanzung möglich ist, will die Stadt in Zukunft mit grossen Pflanztrögen für mehr Grün sorgen. Am Montag werden bei der Minipitch-Anlage an der Johannes-Beugger-Strasse in Wülflingen die ersten fünf Tröge aufgestellt, drei weitere folgen im neuen Park beim Bahnhof Hegi. Die fünfeckigen Behälter mit einem Durchmesser von rund zweieinhalb Meter sind aus Winterthurer Nadelholz gezimmert, hauptsächlich aus Käferholz, wie Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) auf Anfrage sagt. An einer Seite ist eine Sitzbank integriert. Die Elemente können mit Stangen erweitert werden, sodass Kletterpflanzen höher wachsen und Schatten spenden.

Die Kräuter darf man ernten

Gestaltet hat die Tröge der Zürcher Produktdesigner Winfried Schneider, hergestellt werden sie von einer lokalen Zimmerei und Schlosserei. Inklusive Bepflanzung kostet ein Element gemäss Fritschi etwa 6000 Franken, «so viel wie zwei bis drei Parkbänke».

Bei der Begrünung probiere man ganz verschiedene einheimische Pflanzenarten aus: Weiden, Birken, Felsenbirnen und Ahorn, verschiedene Blumen wie Akeleien, Anemonen und Malven und Kräuter wie Salbei und Oregano. «Von den Kräutern darf man nehmen», sagt Fritschi. Falls die Tröge bei der Bevölkerung Anklang finden, will die Stadt das Projekt in den nächsten Jahren ausweiten. Welche Standorte dabei infrage kämen, hat Stadtgrün laut Fritschi noch nicht festgelegt.

Am Montag bepflanzte Stadtgrün an der Johannes-Beugger-Strasse in Wülflingen die ersten fünf Tröge aus Winterthurer Holz. Foto: Enzo Lopardo

Neue Bänkli nach Protest

Vor rund drei Jahren demontierte Stadtgrün aus Spargründen 40 Sitzbänke. Besonders in Wülflingen war der Protest der Bevölkerung gross. Rückblickend sagt Fritschi: «Damals wurde unterschätzt, dass ein Teil der entfernten Bänkli regelmässig gebraucht wurde.» Der Vorteil der neuen, mobilen Elemente sei, dass man sie dorthin verschieben könne, wo sie genutzt werden.

Nina Thöny

Siedlung im Neuwiesen unter Schutz

Geschützte Bauten Wegen ihrer Dächer, der Fassaden und des begrünten Innenhofs gilt die Wohnsiedlung als schutzwürdig.

Vor knapp vier Jahren hat der Stadtrat verschiedene Wohnsiedlungen in das Inventar der schutzwürdigen Bauten aufgenommen, darunter auch die Siedlung Neuwiesen westlich der Altstadt. Sie umfasst fünf Doppelfamilienhäuser und ein Einfamilienhaus des Winterthurer Architekten Jakob Wildermuth. Weil ein Eigentümer einen Entscheid über die Schutzwürdigkeit seiner Liegenschaft verlangte, liess der Stadtrat die Schutzwürdigkeit der ganzen Siedlung untersuchen und eine Verordnung erstellen. Diese wurde am Montag veröffentlicht. Der Stadtrat hat entschieden, die Siedlung unter Schutz zu stellen.

Fünf Doppelfamilienhäuser und ein Einfamilienhaus aus den Jahren 1924 bis 1926 wurden unter Schutz gestellt. Foto: Nina Thöny

Neue Küche geht, blaue Fassade nicht

Für diesen Entscheid zentral waren laut Baustadträtin Christa Meier (SP) vor allem die markanten Dächer und Fassaden der Häuser sowie der grüne Innenhof. Die Häuser, die zwischen 1924 und 1926 gebaut wurden, sind alle in Rot- und Rosatönen gestrichen. Mit dem einheitlichen Erscheinungsbild präge die Siedlung das Ortsbild, die historische Bedeutung ergebe sich aus dem Ensemble der Häuser. In der Verordnung der Stadt ist festgehalten, was an den Gebäuden und im Innenhof verändert werden darf und was nicht. Laut Meier sind Anpassungen an einen zeitgemässen Wohnstandard, wie beispielsweise der Einbau einer neuen Küche, die Zusammenlegung zweier Räume oder Anpassungen im Treppenhaus weiterhin problemlos möglich. Auch Veränderungen im Innenhof sind denkbar. «Theoretisch könnten mehrere Eigentümer zusammen ein zusätzliches kleineres Wohngebäude bauen», sagt Meier. Nicht mehr möglich seien hingegen grössere, einschneidende Veränderungen an den Fassaden und den Dächern.

Weitere Siedlungen, die der Stadtrat 2016 in das Inventar der schutzwürdigen Bauten aufgenommen hat, werden laut Meier erst bei einer konkreten Anfrage oder bei einem tiefgreifenden Bauvorhaben auf ihre Schutzwürdigkeit geprüft.

Nina Thöny